



## Wahldebatte: Zehn unserer Leser diskutieren mit neun Direktkandidaten zur Bundestagswahl

### Unsere Leser

Zehn unserer Leser erhielten die Möglichkeit, mit den Direktkandidaten zur Bundestagswahl im Wahlkreis 256 (Stadt Kempten und Landkreise Oberallgäu und Lindau) zu diskutieren. Sie sollten einen Querschnitt der Bevölkerung darstellen und aus dem ganzen Wahlkreis kommen.

● **Matthias Brack** (39) Altusried, Handwerks-Unternehmer, wünscht sich mehr Handwerker im Deutschen Bundestag.

● **Martina Gebhard** (51) Rettenberg, selbstständige Physiotherapeutin, fordert eine höhere Rente für Beschäftigte, wenn sie ein Leben lang arbeiten.

● **Felix Hanisch** (18) Immenstadt, Student, plädiert als Juso-Vorsitzender für ein Wahlrecht ab 16 Jahren.

● **Margret Hauber** (55) Heimenkirch, Erzieherin, glaubt, dass sich Jugendliche politisch engagieren würden, wenn man sie ernst nimmt.

● **Dr. Gernot von Hinüber** (76) Kempten, Arzt im Ruhestand, ist für mehr direkte Bürgerbeteiligung.

● **Michael Jäger** (54) Röthenbach, Maurermeister, fordert, dass alle – auch Selbstständige und Beamte – in die Rentenkasse einzahlen.

● **Wolfgang Meyer** (76) Scheidegg, Rentner, wünscht sich, dass die Politiker den Bürgern auf Augenhöhe begegnen.

● **Ingeborg Pärsh** (69) Wiggensbach, Rentnerin, will einen Paradigmenwechsel in der Politik.

● **Paul Selig** (65) Kempten, Teilzeit-Rentner, beklagt die abnehmende Zahl an Sozialwohnungen.

● **Raphael Weppner** (25) Kempten, Polizeibeamter, fordert von Politikern, sich auf Facebook zu engagieren, um die Jugend zu erreichen.



Paul Selig aus Kempten



Margret Hauber aus Heimenkirch



Matthias Brack aus Altusried



Ingeborg Pärsh aus Wiggensbach



Wolfgang Meyer aus Scheidegg



Michael Jäger aus Röthenbach



Dr. Gernot von Hinüber aus Kempten



Felix Hanisch aus Immenstadt



Raphael Weppner aus Kempten



Martina Gebhard aus Rettenberg

## Beim Sozialen wird's emotional

Wahldiskussion Leser fordern eine bessere Unterstützung für Familien und Rentner

VON FRANZ SUMMERER

**Oberallgäu/Kempten** Sie waren gut vorbereitet und ließen sich von den Politikern nicht mit Pauschalaussagen abspesen: Zehn unserer Leser diskutierten im Allgäuer Medienzentrum in Kempten mit den neun Direktkandidaten des Wahlkreises 256 (Kempten, Oberallgäu, Lindau). Überwiegend ging es sachlich zu, doch beim Thema Familie und Soziales wurde es emotional.

Bei einem Verdienst von 2300 Euro im Monat müsse ihre Mitarbeiterin 45 Jahre lang arbeiten – ohne Kinderunterbrechung – und erhalte dann eine Rente von 1000 Euro, rechnete **Martina Gebhard**

den Politikern vor: „Warum werden aus dem Rententopf noch Betreuungsgeld und Umschulungsmaßnahmen finanziert, anstatt mehr Rente auszuzahlen?“

Die Rentenversicherung „auf alle Beitragszahler auszudehnen“, forderte **Michael Jäger**, um seiner Schwester, die sechs Kinder groß gezogen hat, mehr als die 700 Euro Rente zu geben. Viele Paare müssten sich gar überlegen, ob sie sich Kinder leisten könnten, weil es keinen bezahlbaren Wohnraum gibt, kritisierte **Paul Selig**. Und dann kostete auch noch der Kindergarten



Geld – „warum überhaupt?“, fragte **Margret Hauber**. Für einen Paradigmenwechsel plädierte **Ingeborg Pärsh**, um den Kindern die Angst vor der Zukunft zu nehmen.

Dagegen zählte Minister Dr. Gerd Müller die Erfolge der Regierungen in Berlin und München auf: Betreuungsgeld für junge Eltern, Mütterrente, höheres Kindergeld und Förderung des Wohnungsbaus durch finanzielle Anreize für Kommunen oder für Familien durch das Baukindergeld. Doch dafür erhielt er schnell Contra.

„Ärmere Familien können sich Kinder nicht mehr leisten“, schimpfte Franz Xaver Merk, „angesichts ihrer prekären Arbeitsver-

hältnisse.“ Deshalb forderte Lucia Fischer zwölf Euro Mindestlohn. Die 150 Euro Betreuungsgeld bezeichnete Katharina Schrader als „Affront gegenüber der Arbeit von Müttern“ und Erna-Kathrein Groll als „Taschengeld für die, die es sich eh leisten können, zuhause zu bleiben“. Die anderen seien gezwungen, möglichst schnell wieder zu arbeiten. Bessere Betreuungsleistungen forderte Hugo Wirthensohn und Stephan Thomae kostenlose Kindergärten. Dr. Josef Kirchmann würde Bau-Spekulationen beschränken und Peter Felser zur Entlastung der Familien beim Familiensplitting jedes Kind abrechnen und die Mehrwertsteuer senken.

## Keine Lust auf Politik – was tun?

Gesellschaft Bildung, Bürgerbeteiligung, Stil: Was die Kandidaten gegen den Trend tun wollen

Das sich Politik von den Menschen entfernt, der Bundestag nicht die Gesellschaft abbildet – das sorgt Matthias Brack. Was tun?

● **Stephan Thomae (FDP)**: „Komplexe Themen müssen verständlich erklärt werden, sodass jeder versteht: Das ist wichtig für mich.“ Zudem müsse der Politikstil signalisieren: Politik ist nichts Schlimmes.

● **Lucia Fischer (ÖDP)** erhalte „die besten Impulse“ in Gesprächen mit Bürgern. Diese gebe sie weiter: „Damit holt man die Menschen ab.“

● **Dr. Gerd Müller (CSU)**: „Schulen müssen sich stärker mit Demokratie beschäftigen – das wurde seit Jahrzehnten vernachlässigt.“ Das Interesse sei da, die Politik müsse neue Wege gehen – etwa online.

● **Dr. Josef Kirchmann (Bayernpartei)** sieht in der Schule „das A und O“ der politischen Bildung. Menschen würden jedoch berufliche Nachteile durch Parteimitgliedschaft fürchten.

● **Peter Felser (AfD)** fordert eine direkte Bürgerbeteiligung. Dem

stimmte Leser Dr. Gernot von Hinüber zu: „Alles andere als alternativlos zu bezeichnen, ist demokratieschädlich.“

● **Erna-Kathrein Groll (Grüne)** verwies auf einen Beirat aus Bürgern, der in Kempten die Stadt zum Thema Verkehr berät. „So können Bürger ihre Interessen einbringen.“

● **Hugo Wirthensohn (FW)**: „Ein Handwerksmeister kann nicht einfach Bundestagsmitglied werden und dafür seinen Betrieb schließen.“ Das sei „ein Systemfehler“.

● **Katharina Schrader (SPD)**: „Bürger in Entscheidungen einzubeziehen, fördert das Verständnis.“ Sie verstehe, wenn sich Menschen nicht als Kandidat aufstellen lassen wollen: „Auch ich habe kein Recht auf Rückkehr in meinen Beruf.“

● **Franz Xaver Merk (Linke)** sieht die Politik verantwortlich für die Zusammensetzung des Bundestages: „Wer ins Parlament kommt, entscheiden die Parteien mit ihren Listen.“ Er plädiert für mehr Bürgerbeteiligung. (sho)

### Die Kandidaten

Neun Parteien haben im Wahlkreis 256 (die Stadt Kempten und die Landkreise Oberallgäu und Lindau) Direktkandidaten zur Bundestagswahl aufgestellt:

● **Dr. Gerd Müller (CSU)**, Durach, Bundesentwicklungsminister

● **Katharina Schrader (SPD)**, Kempten, wissenschaftliche Mitarbeiterin

● **Erna-Kathrein Groll (Grüne)**, Kempten, Abgeordnetenassistentin

● **Stephan Thomae (FDP)**, Sulzberg, Rechtsanwalt

● **Peter Felser (AfD)**, Altusried, Unternehmer

● **Franz Xaver Merk (Linke)**, Senden, Gewerkschaftssekretär

● **Hugo Wirthensohn (Freie Wähler)**, Altusried, Förster

● **Lucia Fischer (ÖDP)**, Legau, Wirtschaftsinformatikerin

● **Dr. Josef Kirchmann (Bayernpartei)**, Rettenberg, Diplom-Theologe



Die Direktkandidaten im Wahlkreis 256 diskutieren mit unseren Lesern – von links Stephan Thomae (FDP), Lucia Fischer (ÖDP), Dr. Gerd Müller (CSU), Dr. Josef Kirchmann (BP), Peter Felser (AfD), Erna-Kathrein Groll (Grüne), Hugo Wirthensohn (FW), Katharina Schrader (SPD) und Franz Xaver Merk (Linke).



Fotos: Matthias Becker

## Wahlrecht auch für Jugendliche?

Was halten die Kandidaten davon, auch Jugendliche ein Wahlrecht zuzugestehen?, fragte Leser Felix Hanisch. Unterstützen wollen das Katharina Schrader, Stephan Thomae, Franz-Xaver Merk und Dr. Josef Anton Kirchmann. Auch so mancher erwachsene Wähler sei nicht ausreichend informiert oder interessiert, argumentieren sie.

Dr. Gerd Müller hält eine Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen für sinnvoll. Auf Bundesebene schlägt er ein Familienwahlrecht vor – also dass Eltern für ihre Kinder abstimmen. Ebenfalls für ein solches Familienwahlrecht sprach sich Peter Felser aus: „Dann wird in den Familien über Politik diskutiert.“ Lucia Fischer sagte dazu schmunzelnd: „Und wenn sich Mutter und Vater uneinig sind, macht eben einer das Kreuz bei der Erststimme und der andere bei der Zweitstimme.“

Hugo Wirthensohn kann sich eine Senkung des Wahlalters nicht vorstellen: „Viele haben in dem Alter mit Politik nichts am Hut.“ Erna-Kathrein Groll ist in der Frage unentschieden und will zunächst Jugendparlamente fördern.

Für Leser Raphael Weppner geht das am Problem vorbei: „Wenn man ab 16 wählen darf, gibt es noch mehr Nichtwähler.“ Denn: Politik erreiche junge Menschen nicht. Er wünscht sich mehr Präsenz im Internet. „Gut für einen ersten Kontakt“ seien solche Foren laut Groll – aber „nicht das Nonplusultra“ für politische Bildung. Zudem würden Politiker dort oft beschimpft: „Sieh am Marktplatz zu treffen und zu diskutieren, ist hilfreicher.“ Leser Hanisch gab zu Bedenken, dass junge Menschen eher bei Facebook als an Marktplätzen anzutreffen seien. Laut Fischer eignen sich solche Portale nicht, um Informationen zu verbreiten und verwies auf US-Präsidenten Donald Trump, der ständig twittert. Zudem betonte sie mit Müller, an nur lustigen Inhalten kein Interesse zu haben. (sho)

Ein Video vom Leser-Gespräch mit den Kandidaten gibt's auf [www.allgaeu.life](http://www.allgaeu.life)